

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Freitag,

31. Januar 1879.

Inserate

für die Expedition in  
Leipzig zu haben.

Inserationsgebühr

für die Spaltenzeile 20 Pf.  
unter Einschluß des Pf.

## Telegraphische Depeschen.

Berlin, 29. Jan. Bei Beratung des Berichtes der Tabakskommission im Bundesratshauskissen stimmten nur die Vertreter Württembergs und Hessens für Einführung des Monopols. Der Vertreter Preußens stellte baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Einführung der Gewichtsteuer von inländischen fermentierten Rohtabak in Aussicht. (Wef.-B.)

Kassel, 29. Jan. Gehirnrat Dr. Stilling, erster geschäftsführender Vorstand der 51. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte, ist gestern Abend in einem Alter von 69 Jahren gestorben.

München, 29. Jan. nachmittags. Der Landtag beriet heute den Antrag Crämer und Genossen: „Der König wolle die Bundesratsbevollmächtigten Bayerns anweisen, dem Gesetzentwurf betreffend die Strafzölle des Fleischstages ihre Zustimmung zu verfassen.“ Nach Begründung des Antrages durch den Abg. Crämer erklärte der Ministerpräsident v. Preyschner, da der heutige Antrag ähnlich sei wie ein früherer in Betreff der Stellung der bairischen Regierung zur Diätentfrage, so könne die Regierung denselben Standpunkt einnehmen wie damals. Die Regierung habe die Angelegenheit der gewissenhaftesten Prüfung unterzogen, hege aber andererseits die Auffassung, daß sie nicht gut thun würde, eine auf das Innere der Sache eingehende Ansicht auszusprechen, bevor die Bundesratsverhandlungen stattgefunden hätten. Diese Haltung scheine in dem vorliegenden Falle um so mehr getragen, als die Angelegenheit Verhältnisse des Reichstages berührte. Troß des großen Interesses der Regierung an den Beratungen müsse dieselbe doch Bedenken tragen, heute bindende Erklärungen abzugeben. Der Antrag wurde hierauf in nameloser Abstimmung mit 130 Stimmen gegen die Stimme des Abg. Schmidt, welcher die Frage durch den Reichstag erledigt wissen will, angenommen.

München, 29. Jan. Die hiesigen Berichte über den Handelsvertrag mit Österreich vor der Zustimmung des Reichstages wirkungslos sei. Infolgedessen wurden gestern hier ein Waggon der Elisabethbahn und in Regensburg zwei dort ankommende Dampfschiffe der österreichischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft mit Beschlag gelegt.

Augsburg, 29. Jan. Nach einer Meldung der Allgemeinen Zeitung ist Dr. v. Pettenhofer auf Veranlassung des Reichskanzlers telegraphisch nach Berlin berufen worden.

Budapest, 29. Jan. Im Unterhause ist der Antrag eingebracht worden, der Schlussrechnungsausschuss solle vor der Budgetdebatte einen Ausweis über das zehnjährige Gebaren des Staatshaushaltes in den Jahren 1868—77 vorlegen, welcher die Daten über die Ausgaben und die Einnahmen, Anleihen, Credit-

operationen, Defizits und Stand der Vermögensbilanz während und nach Verlauf der zehn Jahre enthalte.

Bern, 29. Jan. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist in Rom zwischen der Schweiz und Italien ein Meistbegünstigungsvertrag ohne Zollcartell bis Ende 1879 abgeschlossen worden.

Bern, 29. Jan. Nachdem Italien auf den Abschluß eines Zollcartells zur Verhinderung des Schmuggels verzichtet hat, ist heute, wie bereits gemeldet, in Rom der Meistbegünstigungsvertrag mit der Schweiz, identisch dem französisch-italienischen, unterzeichnet worden; sonach tritt der Conventionaltarif des österreichisch-italienischen Vertrages in Kraft.

Rom, 28. Jan. Cardinal Antonucci ist gestorben. — Der Senat hat den österreichischen Handelsvertrag nach unerheblicher Debatte mit 75 gegen 4 Stimmen genehmigt.

Rom, 29. Jan. Außer dem Meistbegünstigungsvertrag zwischen Italien und der Schweiz wurde zwischen Piola und Depretis auch eine Erklärung unterzeichnet, nach welcher die Convention vom 22. Juli 1868 betreffend den Schutz des künstlerischen und literarischen Eigenthums, sowie der von demselben Tage datirende Niederlassungsvertrag und die Consularconvention aufrecht erhalten werden. Zu Ehren der schweizerischen Delegirten fand bei Depretis ein Diner statt, an welchem sämtliche Minister teilnahmen. Köchlin beabsichtigt, morgen nach der Schweiz zurückzureisen. (Möln. B.)

Paris, 29. Jan. Conseilpräsident Dufaure begab sich heute Vormittag in das Elysée und hatte dort eine Besprechung mit Mac Mahon. Über das Ergebnis derselben ist Zuverlässiges nicht bekannt; es wird indeß allgemein angenommen, daß der Marschall an seinen Entschließungen festhalten werde. Der Ministerrath wird morgen vor dem Beginn der Kammer-Sitzungen in Versailles nochmals zu einer Sitzung zusammenkommen, um sich über die Lage zu berathen. Das Gericht, Mac Mahon sei durch einen Brief des Bischofs Freppel von Augers zu der von ihm eingeschlossenen Wahl bestimmt worden, wird von unterrichteter Seite mit dem Bemerkern für unbegründet erklärt, daß Mac Mahon überhaupt keinen Brief des Bischofs Freppel erhalten habe.

Paris, 29. Jan. Zur Stunde gilt der Rücktritt des Marschalls Mac Mahon für unwiderstehlich beschlossen. Für die Nachfolge hätte, wie es heißt, der Marineminister Admiral Poitou ernsthafte Ansichten, weil diese Wahl die Armee zu beruhigen geeignet wäre, doch hat Grevy anscheinend den stärksten Anhang im Congrès beider Häuser. Die Börse blieb ohne jede Aufregung. (Magdeburg. B.)

Paris, 29. Jan. 4 Uhr nachmittags. Im Laufe des Vormittags hatte Dufaure eine neue Zusammenkunft mit Marschall Mac Mahon, der verweigerte, von seinem Entschluß abzugehen. Am Nachmittag fand ein Ministerrath unter Dufaures Vorsitz

statt. Morgen früh soll im Elysée eine neue Beratung stattfinden, in welcher aller Wahrscheinlichkeit nach Mac Mahon seine Entlassung geben wird. Die Minister würden sich aldann nach Versailles begeben, um den Kammern bei Eröffnung der Sitzung die Entlassung anzuzeigen. Kammer und Senat werden sich unmittelbar darauf als Congrès vereinigen und Grevy zum Präsidenten der Republik ernennen. Die Verhandlung wird kaum eine Stunde in Anspruch nehmen.

Mac Mahon sind für den Fall des Rücktritts des Marschalls von den vier Bureauz der Linke in einer Unterredung mit den Ministern getroffen worden. Dufaure und die übrigen Mitglieder des Ministeriums werden im Amt bleiben, um zu zeigen, daß lediglich in der Person des Marschalls der Grund des Konflikts liegt. Für den sehr unwahrscheinlichen Fall, daß der Marschall seine Entlassung zu geben verweigere, werden die Minister morgen in der Kammer ihre Abdankung verkünden, indem sie Bericht über die Lage erstatten. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Marschall es dahin treiben wird, weil eine Wiederholung eines Ministeriums vom 16. Mai durchaus keine Aussicht auf Erfolg hat. Man hat hier keine Besorgniß, daß dieser Wechsel in der Präsidentschaft Störungen in den Beziehungen mit den auswärtigen Mächten zur Folge haben könnte. Mehrere Großmächte haben bereits dem Minister Waddington die Erklärung abgegeben, daß für diesen Fall keine Aenderung ihrer Haltung erfolgen werde. (Möln. B.)

Paris, 29. Jan. abends. Nach der Besprechung, welche der Conseilpräsident Dufaure heute Vormittag mit dem Marschall-Präsidenten gehabt hat, fand ein Ministerrath im Ministerium des Innern statt. Heute Nachmittag wurde ein zweiter Ministerrath im Justizministerium abgehalten, welchem die Präsidenten des Senats und der Deputirtenkammer beipflichteten. Die Gerüchte, daß die Dimission des Marschall-Präsidenten bevorstehe und daß der Congrès demnächst zusammenentreten werde, gelten als sehr glaubwürdig. Man betrachtet es in diesem Falle als wahrscheinlich, daß der Congrès Grevy oder Dufaure zum Präsidenten der Republik erwählen werde.

London, 29. Jan. morgens. Die Times veröffentlicht eine Depesche des Botschafters Odo Russell in Berlin an den Marquis of Salisbury vom 10. Jan. Der Botschafter spricht darin sein Bedauern über die projectirten deutschen Eisenzölle aus. Die zufriedenden Maßregeln seien dazu angehant, daß englische Eisen gänzlich vom deutschen Markt zu verdrängen. Wie er aus guter Quelle erfahre, werde seitens der Eisenenquête-Kommission wahrscheinlich ein Schatzoll von 50 Pf. für den Centner befürwortet werden.

London, 29. Jan. Die Grubenbesitzer und Grubenarbeiter in Süd-Yorkshire und Nord-Derbyshire haben sich dahin geeinigt, die zwischen ihnen schwedenden Differenzen bezüglich des Lohnjahres einem Schiedsgericht zu unterbreiten. — Der Standard

## Aus Dresden.

R.W. Dresden, im Januar. Das neue Jahr wurde am ersten des Monats mit Schiller's neu in Scene gesetzter „Brant von Messina“ würdig eröffnet. Die Darstellung war eine sehr tüchtige. Fehl der Frau Bayre auch die physische Kraft zu einer Isabella, so erschien sie doch hoheitsvoll und würdig in Spiel und Rede. Die Herren Dettmer und Matlowsky gaben treulich das jüngste Paar Manuel und Cesar. Letzterer zeigt erfreuliche forschreitende künstlerische Entwicklung. Hr. Ellmenreich war eine innige Beatrice, und Hr. Borth (erster Chorführer) sprach besonders an der Leiche Manuel's mit gewaltigem Schwung. Das Zusammenspielen der Chöre mischte sich nur auf das Nothwendigste beschranken. Stimmungsvolle Decora- tionen erhöhten den Eindruck. Neu einführt erschien auch „Turhanthe“, die erste Weber'sche Oper im neuen Hause. Die im allgemeinen gute Aufführung litt, den vielen Proben wegen, an einiger Mattigkeit in der Darstellung. Besonders sichtbar war die Er müdung bei Hrn. Diener (Molar), der überhaupt mit einer Kraftanstrengung singt, die auf den Zuhörer einen beeindruckenden Eindruck ausübt und wie auf schwere Körperliche Schmerzen schließen läßt. Ein leichtfliegender Gesang ist dem gebildeten Wagnerjänger leider versagt; jeder Ton wird mit voller Segelkraft gegeben. Frau Sachse-Hofmeister war eine ebenso schöne wie schön singende, mir etwas lühne Turhanthe, während Hr. Malten sich in der gefangenschwierigen Partie der Egantine sehr anerkennenswerth bewährte.

Leipzig's einhundertfünfzigjähriger Geburtstag

wurde an gleicher Stätte am 22. Jan. mit einem von Dr. Pabst gedichteten und von Hrn. Borth mit Wärme gesprochenen gedankenreichen Prolog gefeiert, dem eine Aufführung von „Miss Sara Sampson“ folgte. Die Bedeutung des großen Dichters und Humanisten für unser geistiges wie religiöses Leben ist jetzt wol jedem vorurtheilsfreien, denkenden Deutschen klar, und das Publikum hatte sich äußerst zahlreich eingefunden, um das Andenken an „Sachsens großen Sohn“, wie ihn der Prolog mit Recht nennt, gebührendweise zu ehren. Alle Plätze, selbst der erste Rang, waren voll besetzt.

Auf den Prolog folgte in vorzüglicher Darstellung das genannte bürgerliche Trauerspiel, das Leistung querst, trotz englischer Vorbilder, in seiner Befreiung von ausländischem Einfluß zeigt. Die tiefgreifende Charakterzeichnung, die allen seinen späteren Bühnenwerken eigen, gipfelt hier in den beiden sich gegenüberstehenden Musikergestalten der Sara und Marwood. Einfach und ergriffend im Gange der Handlung, zeigt die trotz mancher Dialoglängen kurze und gebrüngene Sprache ein selbständiges nationales Gepräge und enthält in musterhafter Klarheit die seelischen Vorgänge. Die Damen Ellmenreich (Sara), Ulrich (Marwood) wie die Herren Dettmer (Wellesfont), Borth (Sampson) &c. verdienten die stürmische Anerkennung der gehobenen Zuhörerschaft in vollem Maße.

Als Guest, aber auf Engagement spielend, trat Hr. Hartmann von Koburg in den drei bekannten Lustspielen: „Durch die Intendantz“, „Der geadelte Kaufmann“ und „Rose und Rossmar“. auf. Wir sind es gewohnt, im Zeitraume von wenigen Jahren im

muntern wie ernsten jugendlichen Liebhabersache immer neuen Gesichtern zu begegnen. Die Veränderungen, die erzielt werden, lassen sich gewöhnlich weder besonders loben noch tadeln. Glücklich, wenn die neue Kraft sich dem Ensemble schnell einfügt und wenn außer dem Reize der Neugkeit noch Talent und guter Willen eine günstige Fortentwicklung hoffen lassen. Die junge Dame ist in ihrem Fach geübt, doch ohne die sympathische Natürlichkeit, die sich nicht beweisen und beschreiben, sondern nur fühlen läßt. Ein anderer Guest war der Bassist und Hagen-Darsteller von Bayreuth her, Hr. Siehr aus Wiesbaden. Er sang den Sarastro, Veritram und Figaro beifällig, doch zeigte er eine mehr wohlklangende, sonore als gewaltige Stimme.

Neuheiten waren diesmal nur drei Kleinigkeiten im Neustädter Hoftheater. Die erste nennt sich eine „Plauderei“ von Grünstein und hat den frappirenden Titel „Maidenspeech“ (Jungfernrede). Eine Plauderei zwischen zwei Personen der gebildeten Gesellschaft kann nur von einem conversationellen Talent geschrieben werden, denn bloßer Dialog ohne Handlung läßt sich nur bei geistiger Bedeutung geniessen. Ein Baron, gewählter Abgeordneter, stellt sich einer seinem Kreise angehörigen Gräfin als solcher auf ihrem Landsitz vor. Beide sangen, nachdem der Grund des Besuches erledigt ist, an, ohne alle Vermittelung auf beliebige Themen zu kommen und tauschen ihre Ansichten in vielfach anregender Weise aus. Das eine eheliche Verbindung nach Erfüllung der Charaktere in Aussicht steht, ist ein nicht gerade nötiger Schluss. Hr. Ulrich und Hr. Dettmer hatten alle Gaben, um diese Plauderei angenehm zu machen. — Die zweite Darbietung nennt

meldet aus Ghost vom 27. Jan.: „Bali-Mahomed, der Halbbruder Schir-Ali's, sei auf dem Wege nach Hazarpir, um sich dem General Roberts zu unterwerfen. Bali-Mahomed, welcher den Befehl erhalten habe, nach Kabul zu kommen, sei zu diesem Schritte durch die Besichtung bewogen worden, daß er wegen seiner Niederlage im Peiwarpass am Leben gestraft werden könne. — Die Times meldet aus Konstantinopel: „Der Finanzminister Zuhdi-Pascha sei entlassen worden, weil er sich unsfähig gezeigt habe, den Werth der Raimes zu heben; zu seinem Nachfolger sei Kiani-Pascha bestimmt.“

\* Petersburg, 29. Jan. abends. Heute fand eine Sitzung des Ministercomité statt, in welcher unter Beziehung hiesiger medicinischer Autoritäten, darunter die Professoren Biedauer und Boikin, sehr energische Vorsichtsmahregeln gegen die Pest beschlossen wurden. Es wird eine hygienische Commission gebildet werden.

\* Petersburg, 29. Jan. Die russische Regierung beauftragte ihre Vertreter im Auslande, den respectiven Regierungen aufklärende Mittheilungen zu machen über die umfassenden Vorfahrtungsmaßregeln, welche sie gegen die Weiterverbreitung und Verschleppung der Pest getroffen.

\* Petersburg, 29. Jan. Die aus Astrachan und von der Wolga eingesordneten Berichte sowie vorliegende Privatmeldungen lauten beruhigend. Seitens der Regierung sind die energischsten Vorsichtsmahregeln angeordnet und wird wahrscheinlich Graf Boris-Melikow als Generalcommissarius mit den ausgedehntesten Bollmachten nach Astrachan beordert werden. Es ist zu bedauern, daß auch bei diesem Anlaß durch Verbreitung falscher Nachrichten übertriebene Vorstellungen von dem Stande der Dinge hervorgerufen werden. Die Regierung hat für die größte Energie in Ausführung der Vorsichtsmahregeln auch bis zur Absendung des Generalcommissars Vorsorge getroffen und die genaueste Berichterstattung befohlen.

\* Konstantinopel, 28. Jan. Die hier im Justizministerium zusammengetretene Commission zur Berathung der Justizorganisation des türkischen Reiches hat gestern ihre Arbeiten begonnen. Die Commission wird sich zunächst mit dem Entwurf einer Strafprozeßordnung beschäftigen. Unter den Mitgliedern der Commission befinden sich europäische Juristen, welche im Dienste der türkischen Regierung stehen. — Auf der Pforte finden fortgesetzte Berathungen über Maßregeln statt, welche zur Hebung des Werthes der Raimes ergriffen werden sollen.

\* Wien, 29. Jan. abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: „Der Abschluß des definitiven Friedensvertrages wird noch immer namentlich dadurch verzögert, daß in Betreff der Abfassung des Art. 11 ein Einverständniß noch nicht hat erzielt werden können. Auch bezüglich des Zeitpunktes der Bezahlung der Entschädigung für den Unterhalt der türkischen Kriegsgefangenen hat noch keine Einigung herbeigeführt werden können. Dagegen erhält sich das Gericht, daß eine Vereinbarung darüber stattgefunden hat, daß 35 Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages die Räumung des türkischen Gebiets von Seiten der russischen Truppen vollzogen sein müsse.“

### Eine neue Krise in Frankreich.

= Leipzig, 30. Jan. Eine leider nur zu richtige Ahnung gab uns am Schlusse unseres Artikels „Französische Zustände“ (Nr. 22) die besorgte Neuherierung ein: „So sehr wir wünschen, daß die Vertreter der conservativen Republik, als die wir Hrn. Dufaure und seine Collegen betrachten, sich halten und bestreiten mögen, so wenig möchten wir doch eine Bürgschaft dafür übernehmen.“ Noch waren seit jenem etwas zweifelhaften Siege des Ministeriums Dufaure in der Kammer am 20. Jan. keine zehn Tage verflossen, da stand das Ministerium Dufaure und mit ihm Frankreich vor einer neuen, anscheinend viel bedeutsameren Krise.

Schon alsbald nach jener Sitzung, die angeblich eine Befestigung des republikanischen Cabinets und damit der Republik selbst zur Folge haben sollte, verlaute von einer Neuherierung des Marschall-Präsidenten, die einen möglichen Conflict zwischen ihm und der republikanischen Majorität in den Kammern in Aussicht stellte. Er wollte, hieß es, zurücktreten, wenn eine Anklage gegen die Mitglieder des (bekanntlich reactionären) Cabinets vom 16. Mai 1877 beschlossen werde. Ganz neuwertig hat derselbe nun auch (und das wird positiv gemeldet) sich beharrlich und trotz Dringens in ihm seitens Dufaure's widerholt geweigert, die vom Ministerium für notwendig befundenen Aenderungen in Bezug auf die großen Armee-commandos zu genehmigen. Es handelt sich bei diesen um die Erzeugung von Inhabern dieser Commandos, die mehr oder weniger wegen antirepublikanischer Gefinnungen beargwöhnt sind, durch zweifellos republikanisch gesinnte Generale.

Zum Ueberfluß trifft nun mit dieser Weigerung Mac Mahon's, die allein schon hinreichen würde, eine Krise, zunächst eine Ministerkrise herbeizuführen, die Nachricht zusammen, daß die Commission der Deputiertenkammer, welche mit der Vorprüfung des Antrages wegen Anklage der Mainzminister beauftragt war, sich für diese Anklage entschieden hat. Zweiter Anlaß zu einer Krise!

Endlich drängt ein Theil der Linken auf eine allgemeine Amnestie. Auch dazu wird der Marschall sich schwerlich verstehen. Dritter Grund eines Bruches!

Es kann nun zweierlei geschehen. Mac Mahon kann zurücktreten — damit wäre die Lage vereinfacht, und es entstünde dann nur die äußere schwierige Frage: wer wird an seine Stelle kommen? Indes vor diese Frage würde Frankreich sich doch in kurzer Zeit gestellt sehen, nämlich nach Ablauf des sogenannten Septennats, d. i. der sieben Jahre, für welche Mac Mahon mit der Präsidentschaft betraut ist, also Ende 1880.

Der Marschall kann aber auch trocken, das Ministerium Dufaure entlassen und ein anderes an dessen Stelle zu suchen versuchen. Freilich ist ihm dies durch die Wahlen vom 5. Jan. aufs äußerste erschwert, ja so gut wie unmöglich gemacht, woher er überhaupt constitutionell und parlamentarisch regieren will. Denn da nun auch der Senat in seiner großen Mehrheit aufrichtig republikanisch ist, so würde ein antirepublikanisches, ein orleanistisches, bourbonistisches, bonapartistisches oder auch ein aus diesen verschiedenen monarchistischen Elementen zusammengesetztes Ministerium schlechterdings keinerlei Regierungssatz vornehmen können,

zu welchem eine Mitwirkung der Kammern erforderlich ist, ohne auf den entschiedensten Widerstand in beiden Kammern zu stoßen und daher nach konstitutionellen Grundsätzen zurücktreten zu müssen. Vor allem würde es kein Geld bewilligt bekommen.

Sollte daher der Präsident der Republik wirklich das Ministerium Dufaure entlassen, sich selbst aber auf seinem Posten behaupten wollen, so könnte dies nur mit Hilfe und im Wege eines Staatsstreiches geschehen.

Worauf Mac Mahon sich dabei stützen könnte, ist nicht recht abzusehen. Weit eher noch hätte er ein solches Wagnis 1877 unternommen können. Seitdem hat die öffentliche Meinung des Landes durch wiederholte Wahlen sich so entschieden als ganz überwiegend republikanisch dokumentiert, daß dies (wie die Sachen in Frankreich zu gehen pflegen) nicht ohne Einfluß geblieben sein wird — weder auf die Bürokratie, noch selbst auf das Heer.

Die einzige Erklärung für ein solches Wagnis seitens des Marschalls (falls er es wirklich unternehmen sollte) könnte etwa darin gefunden werden, daß die literarische Partei durch den vollständigen Sieg des republikanischen Elements, durch das Programm des Ministeriums Dufaure, durch das von diesem eben der Kammer vorgelegte Unterrichtsgesetz sich in ihren Lebendinteressen bedroht sieht und va banquis spielen möchte. Wie viel Einfluß dieselbe auf den Marschall-Präsidenten hat, weiß man; man glaubt auch zu wissen, wodurch. Où est la femme? (Wo ist die Frau?) heißt es auch hier, wie unter Napoleon III.

Indes — noch hatte der Marschall sein letztes Wort nicht gesprochen, als der Telegraph von der eingetretenen Krise Meldung that. Vielleicht hat er es inzwischen gesprochen und das Telegramm ist möglicherweise schon unterwegs, welches die eine oder andere der oben gestellten Eventualitäten bestätigt. Für das Wahrscheinlichere hält man in Paris noch gestern Nachmittag den Rücktritt des Marschalls.

Erst wenn dies entschieden, wird sich die Lage Frankreichs klar übersehen lassen.

### Vom preußischen Landtag.

\* Berlin, 29. Jan. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erhält das Wort Abg. v. Ludwig:

Neulich wurden hier gewisse Vorfälle aus Bonner Professorkreisen zur Sprache gebracht, und auch ich habe bei der Beratung des Gesetzentwurfs über den höheren Verwaltungsdienst darauf Bezug genommen. Infolge davon ist mir eine Erklärung von drei Dozenten der Universität Bonn zugegangen, welche versichern, daß bei dem Karnevalsfeste der Leje- und Erholungsgesellschaft zu Bonn, welche Professor Obernier mitwirkte, keine kirchlichen Gewänder gebracht wurden, daß keine Frauenzimmer dabei waren und daß überhaupt keine Verhöhnung kirchlicher und religiöser Einrichtungen dabei stattgefunden habe. Gleichwohl kann mich diese Botschaft von meiner neulich ausgesprochenen Überzeugung, daß hier einmal ein Mene-Tzel stattfinden müsse, nicht zurückbringen und muß ich bei meinem Verlangen an den Herrn Cultusminister stehen bleiben, hier eine Disciplinaruntersuchung einzutreten zu lassen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Deren erster Gegenstand ist die Berathung des Antrages des Abg. Freudent:

Die königliche Staatsregierung aufzufordern, in der

sich „Die Verlassenen“ und ist ein einactiges Lustspiel von Bauernfeld. Zwei adelige Damen, die viel von einstigem Reich- und Besitzthum verloren, seien wir in der Lage, sich ernstlichen Sorgen für die Zukunft hinzugeben. Da aber Geist und Liebenschwürdigkeit nicht mit verloren gingen, so bleiben sie nicht so verlassen wie oft Männer in gleicher Lage. Sie finden noch begüterte Anbeter, wenn auch nicht in ganz delikater Weise, die ältere einen leichtlebigen Hagedis, den Hr. Marks vorzüglich spielt, und die jüngere einen zwar nicht adeligen, aber arbeitsstarken jungen Mann, der sie schon seit seiner Kindheit liebte. Die angenehme, seine Form, die Bauernfeld vor manchem Zeitgenossen voraussetzt, gibt der wenig originellen Handlung Schliff und Haltung.

Die lezte: „Paula's Geheimnis“, ist ein hübscher dramatischer auch einactiger Scherz von Oscar Blumenthal. Eine junge schlicht erzeugte Oberlehrerfrau hat vor dem Wissen ihres Mannes so viel Respect, daß sie sich ihre früher als Braut an ihr geschriebenen Briefe von einem jungen Verwandten korrigieren ließ, um sich keine orthographischen Blößen zu geben. Einer dieser gefundenen ersten Entwürfe, die sie sich zurückstellen ließ, veranlaßt Missverständnisse und recht komische Eifersuchtszenen, die in so guter Ausführung wie hier eines heiteren Eindrucks nicht verfehlten. Von den Darstellenden spielte besonders Hr. Richesen als Gymnasiallehrer mit trefflicher Laune.

Den Klagen über schlechte Zeiten kann man hier wenigstens nur bedingt Glauben beimessen, wenn man die Theilnahme in Betracht zieht, die die Dresdener den kostspieligen Genüssen eines Patti-Concerts, wie

dem ersten Subscriptionshall im Albert-Theater zuwenden. Alle Gesellschaftskreise waren vertreten und ein geschmackvoller Luxus schien an den Entfalttern desselben alle materiellen Sorgen unserer Tage zu verhüllen.

Für die freilich seltenen Gesangskünstlerin Frau Patti hätte der Saal des Gewerbehause noch dreimal so groß sein können und er wäre gefüllt worden. Ein nächster Ball des Albert-Bereins und ein baldiger Maskenball im Albert-Theater beschäftigen schon wieder zerstreunungsbedürftige Gemüther. Dieser heiteren Welt gegenüber gehört die Direction des Neidenztheaters, besonders in diesem Winter, zu den sorgenvollen Erringen. Fortwährende Leere des Hauses und mit Ausnahme der „Fourchambaults“ von Augier, die sich allerdings eines verdienten Erfolgs rühmen konnten, kein Stütz, das die Sorge für nötige Einnahme auf einige Zeit verbannte. So trostlosen Aussichten gegenüber kann man wol annehmen, daß Hr. Dessoir sich in seine wol sehr voreilig aufgegebene Stellung am Hoftheater zurückzieht.

Noch wäre eines Vortrags zu erwähnen, den Hr. Advoat Emil Lehmann am Vorabend des Lessing-Tages in einem geräumigen Local des Johannisplatzes vor der jüdischen Gemeinde hielt. Er behandelte Lessing's Bedeutung für die Juden, wie seine zugleich humanitäre und tiefreligiöse Lebensanschauung, die im „Nathan“ ihre ausdrucksvollste Verhältnisfindung findet. Der anregende Vortrag, dem auch zahlreiche christliche Zuhörer beiwohnten, sand lebhafte Bussierung.

Berliner Blätter berichten aus Berlin Näheres über das bereits erwähnte Feuer, das mehrere Menschenleben forderte und schwere Verlebungen zur Folge hatte. Es wütete im Haupt-Gollnowstraße 19—21 in der Zeit vom 22. Jan. abends 9½ Uhr bis 23. Jan. früh nach 4 Uhr morgens. Die Feuerwehr sand bei ihrer Ankunft an der Brandstelle die im ersten Stock des Hauses belegte große Tischlerei in hellen Flammen, ebenso den Dachbalken des Hauses, während eigenhümlicherweise der zweite und dritte Stock von den Flammen nicht berührt war. Die Tischlerei nahm die vollständige Mitte des ersten Stockes ein, während dieselbe von beiden Seiten von Wohnungen begrenzt war. Vor Ankunft der Feuerwehr hatten bereits Mitglieder zweier im zweiten Stock des Hauses wohnenden Familien, teils geängstigt durch die emporzüngelnden Flammen, teils betäubt durch den dicken Qualm, ihre Rettung durch Sprünge aus den Fenstern, und zwar nach dem Dose zu, gefügt; es waren dies fünf Personen und zwar die Schneider Schmetterlingscheleute und deren Tochter sowie der Tischler Polentz nebst Frau. Alle fünf Personen trugen schwere Verlebungen, Arm-, Beinbrüche, Kopfwunden, Frakturen &c. davon, sodass sie nach dem städtischen Krankenhaus befördert werden mussten. Wahrscheinlich betäubt durch den Fall, dachten die Schmetterlingscheleute nicht an die in ihrem Zimmer noch zurückgebliebenen beiden Kinder im jüngsten Alter, möglich auch, daß ihre Bewegungen in der allgemeinen Bestürzung überdeckt blieben und die geängstigten Nachbarn nur an ihre eigene Rettung dachten, kurz die Feuerwehr, die mit einer Bratour jenseitig in die mit Qualm erfüllten Gebäude drang, sandt bald, beim Retten von Menschen beschäftigt, ein Kind bereits tot zurück, das andere wurde erst beim Aufräumen des Schutt in der Wohnung tot vorgefunden, und zwar unteran Sosa, wohin sich das Kind in seiner Angst jedenfalls geflüchtet hatte. Verbrannt waren beide Kinder nicht, sie waren durch den furchtbaren Qualm erstickt, der so intensiv war, daß verschüttete Feuerwehrmänner auf Tage lang dienstunfähig geworden sind und einer in das städtische Krankenhaus geschafft werden musste. Herzzerbrechend war

der Hülferuf und die erste Stunde des Hauptmales der Menschen, diesen und jetzt erlösten diese Feuerwehrmänner eine große Zahl von Menschen, neuen Leuten und Räumen erfüllt mit eigener zum erstenmal Feuerwehr, und retteten jeden Unfall, der die Feuerwehr in ihrer Friedenszeit durch die hohen Aktivitäten erkannt, da einer gewisse gebundene

nächsten Seite  
Schrift vom  
Ober eine  
welche Wirt-  
schaft durch  
der Staaten  
nicht für  
Der Al-

Teile fol-  
Winkthor-  
der Art. 1  
Der V

1875 aufge-  
Art. 16.  
Kirche sowi-  
verwalter ih-  
Staates un-  
jede Religi-  
Kultus, in  
Anstalten, S

Art. 16.  
ihren Ober-  
licher Anord-  
nern, ver-  
antworten,

Art. 18.  
Bestätigun-  
weit es de-  
oder besond-  
R. Auf die  
an öffentli-  
wendung  
des Staates  
Entlassung  
die Grenzen

Der An-  
herstellung  
Gattung:

Art. 15.  
Kirche sowi-  
verwalter ih-  
Wohlthätig-  
Gesetzes.

Art. 16.  
ihren Ober-  
licher Anord-  
nern, liegen.

Art. 18.

Bestätigun-  
weit es dem  
oder besond-  
Ausstellung  
ihren Ansta-

Abg. 9.

Als habe  
genügt Beac-  
Steckstage &  
wonnen da  
Deutschen R  
war lediglich  
allen Partei  
sehen wird  
Kampf beizue-  
tragen während  
ihre Frieden  
sich durch die  
hohen Aktiv-  
erkannt, da  
einer gewisse

gebundene

der Hülfers  
und die erste  
des Hauptma-  
der Menschen  
diesen und je-  
erlösten diese

Feuerwehr  
eine große A-  
neu geöffnet  
nen Leuten u  
Raum erfüllt  
mit eigener

zum ersten  
Feuerwehr  
werk geleitet  
und retteten  
jeden Unfall

wir constati-  
Mietwerker fin-

Die vorst-  
folgenden Ein-  
dringungen  
Kinder. Der  
beide Weine,  
eine Fehlgebi-  
sprang ein  
Hündchen an  
alle drei sind  
von 6 Jahren  
amt ohne je  
etwa 11 Jahr-  
gebrüder die  
men zu haben  
ein Knabe vo  
angst unter  
von 1½ Jahr-  
Polentz, der

erforderlich  
erstand in  
constitu-  
ten. Vor-  
en.

I. wirklich  
elbst aber  
könnte dies  
ostreiches  
 könnte, ist  
hätte er  
n. Seit-  
es durch  
ang über-  
(wie die  
icht ohne  
Bureau-  
Wagnis-  
h unter-  
werden,  
nen Sieg  
rogramm  
ieiem so  
sich in  
banus  
auf den  
i glaubt  
? (Wo  
r Napo-  
es Wort  
eingetrete-  
r es in-  
bglicher-  
r andere  
Für das  
gestern  
e Frank-

in die  
erbetem-  
re Pro-  
pabe bei-  
e davon  
iversität  
i Carne-  
m, wo-  
ewander-  
i waren  
nd reli-  
schwol-  
schenen  
statur  
meinem  
en, hier  
Deren  
ges des  
in der

8 Uhr  
enleben  
e. Es  
it vom  
4 Uhr  
an der  
große  
hl des  
dritte  
schleier  
wäh-  
egrenzt  
gliedet  
milien.  
theiss  
prüng-  
e; es  
Schme-  
scher  
höhere  
söhlt-  
anlen-  
etäuft  
nicht  
beiden  
Demer-  
n und  
doch  
sand  
Kind  
sumen  
zwar  
jeden-  
nicht,  
so in  
Tage  
durch  
d war

nächsten Sessjon des Danntages im Anschluß an die Denkschrift vom 15. Nov. 1867 betreffend die Regulierung der Oberen Denkschrift vorgulegen, in welcher vorgelegt wird, welche Mittel im Laufe der letzten Jahre für die Fortführung der Überregulierung aufgewandt, welche Erfolge dadurch erreicht sind und in welcher Weise nach dem Plane der Staatsregierung vorgegangen werden soll, um in möglichster Zeit das Werk zu Ende zu führen.

Der Antrag wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Es folgt die Berathung des Antrages des Abg. Windthorst-Meppen betreffend die Wiederherstellung der Art. 15, 16 und 18 der Verfassung.

Der Wortlaut der durch Gesetz vom 18. Juni 1875 aufgehobenen Artikel war folgender:

Art. 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den Staatsgesetzen und der gesetzlich gewordenen Aufsicht des Staates unterworfen. Mit der gleichen Maßgabe bleibt jede Religionsgesellschaft im Besitz und Genuss der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Art. 16. Der Verlehr der Religionsgesellschaften mit ihren Obern ist ungehindert. Die Bekanntmachungen kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Art. 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronat oder besondern Rechtstiteln beruht, aufgehoben.

Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung. Im Übrigen regelt das Gesetz die Befugnisse des Staates hinsichtlich der Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen und Religionsdiener, und stellt die Grenzen der kirchlichen Disciplinargewalt fest.

Der Antrag Windthorst beantragt nun die Wiederherstellung dieser Artikel in nachfolgender veränderter Fassung:

Art. 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuss der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Art. 16. Der Verlehr der Religionsgesellschaften mit ihren Obern ist ungehindert. Die Bekanntmachungen kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Art. 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronat oder besondern Rechtstiteln beruht, aufgehoben. Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Abg. Reichensperger: Ich habe ebenfalls durch Verlehr mit dem Volke und gende Bezeichnung, als auch durch die Verhandlungen im Reichstag über das Sozialistengesetz die Überzeugung gewonnen, daß die Verwilderung und Entchristianisierung im Deutschen Reiche in diesem Wahnsinn begriffen ist und zwar lediglich infolge des Kulturmampfes, welcher jetzt von allen Parteien unterschiedlos als entsetzliches Uebel angesehen wird. Unser heutiger Antrag ist der Anfang, diesen Kampf beizulegen. Wenn die Majoritätsparteien den Antrag ablehnen, zeigen sie, daß sie den Frieden nicht wollen, während unsere Partei außer bei vielen andern Gelegenheiten auch heute durch Einbringung dieses Antrages wieder ihre Friedensabsicht bestätigt. Sollte die Staatsregierung dagegen durch die vorgeschlagene Wiederherstellung der aufgehobenen Artikel die beste Gelegenheit zum Abschluß eines ehrenvollen Friedens. Der Cultusminister hat es selbst anerkannt, daß die kirchliche Gelehrung der letzten Jahre einer gewissen Revision bedarf. Der bestehenden Gelehrung können wir Katholiken uns ohne Gewissenszwang

nicht unterwerfen. Hr. v. Kirchmann, ein echter und wahrer Fortschrittsmann, hat eine solche Unterwerfung als illusiv bezeichnet; aber die heutigen Epigonen des Fortschrittes wollen weiter sein als v. Kirchmann und Waldeck. Die Katholiken Deutschlands sind nicht gesonnen, als Slaven zu denken oder zu handeln. Auch das Schreiben des Kronprinzen an Papst Leo XIII. athmet Friedensliebe, zeigt Neigung zu einer Verständigung mit der Curie — nur der Cultusminister bleibt dem Katholizismus feindlich. Die veranwaltende Generation muß verwildern und wird sich den Verschwörungen der sozialdemokratischen Agitatoren willig hingeben, in allen katholischen Gegenden, die des Stellvertreters entbehren, in jenen circa 1500 verwaisten Diözesen. Das ist die Aussicht für die Zukunft, während die heutige erwachsene Generation in allen katholischen Kreisen auf das äußerste erbittert ist.

Der Herr Cultusminister sagt, die Verfassungartikel würden nicht hergestellt werden, weil sonst die Maigesetze unwirksam werden und in sich zusammenfallen, jene Gesetze, welche in hartem Kampfe errungen worden sind. Ja, aber die Maigesetze sind ja nur Kampfgesetze, mögen sie doch zusammenfallen, dann ersfreuen wir uns sofort des Friedens, dann ist der ganze Streit sofort in einer alle Theile befriedigenden Weise beigelegt. Liegt denn der Werth eines Gesetzes nur darin, daß es in hartem Kampfe errungen worden ist? Nein, nimmermehr. Die Frage ist vielmehr, was nützen die Gesetze? Nun, die Maigesetze gebunden ist nicht nur ohne allen Nutzen, sie schädigt vielmehr den Staat in außerordentlicher Weise. Der Staat darf nicht omnipotent sein, er darf sich in interne Fragen der Kirche nicht mischen, sonst leidet er den empfindlichsten Schaden. Diese Folgen des Kulturmampfes sind eingetreten und jeder wahre Patriot und Befürworter muß diesen Schmerz über die heutigen Verhältnisse innerhalb der katholischen Bevölkerung empfinden. Die Männer der Wissenschaft und der That, die größten und bedeutendsten Patrioten, welche dafür gesorgt haben, daß der Staat innerhalb seiner Grenzen bleibt, welche die aufgehobenen Artikel in die Verfassung gebracht haben, können nicht begreifen, daß man diese Hauptgarantien bürgerlicher und konfessioneller Freiheit so leicht ausgeben könne. Es ist gegen die Gefahren des Socialismus ein scharfes Ausnahmegesetz erlassen worden; ich bitte doch zu berücksichtigen, daß durch den Kulturmampf die Irreligionist und damit indirekt der Socialismus in hohem Grade gefördert wird. Nehmen Sie den Antrag Windthorst an, so bekämpfen Sie, indem Sie den Kulturmampf beenden, mit dem besten Erfolge den Socialismus und leisten dem Vaterlande in Wahrheit den besten Dienst. (Beifall im Centrum.)

Hierauf wird ein von den Abg. Negidi, Gneist, Haase, Graf Limburg-Stirum, Birchow, Windthorst-Bielefeld ic. unterzeichneter Antrag eingereicht, über den Antrag des Centrums zur einfachen Tagesordnung überzugehen.

Zunächst nimmt das Wort für diesen Antrag Abg. Dr. Gneist:

Die in Rede stehenden Verfassungartikel werden von uns in einem andern Sinne verstanden als von dem Herrn Vorredner; sie erscheinen uns als eine Concordienformel, welche zur Versöhnung entgegengesetzter Meinungen angenommen worden ist. Das Problem einer seltenen Grenzregelung zwischen Kirche und Staat, welche prinzipiell von beiden Seiten erlaunt wäre, ist bisher der Menschheit noch nicht gelungen. Im Jahre 1848 war man in der frankfurter Nationalversammlung darüber einig, daß der Kirche als der höchsten Corporation das jus statuendi, das Recht zukommen müsse, ihre Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten. Wenn in jener Versammlung manche auch wirklich mit diesen Worten einen andern Sinn verbunden, wenn sie wirklich gedacht haben an die Wiederherstellung einer theologischen Verfassung des unbedingten Einflusses der Kirche auf Ehe, Familie und Schule, an die Restitution des Jesuitenordens ic., so kommt es doch bei jedem Gesetz auf den Willen der Majorität an, und dieser ergibt sich unzweideutig aus den Grundannahmen des ganzen protestantischen Deutschlands, welches eine solche Wiederherstellung nicht gewollt hat, noch klarer aus der Fassung des Gesetzes selbst. Im Art. 15 werden ja nicht die Rechte der

Religionsgesellschaften fixirt, sondern allen Kirchen und Religionsgesellschaften insgemein die innere Selbständigkeit gesichert. Die Ausdrücke: ordnen, verwalten, Selbständigkeit sind nun aber verschieden gebraucht worden; es wurde gefolgt, daß mit dieser Magna-Charta alle Jahrhundertealten Streitigkeiten gewissermaßen mit drei Worten zu Gunsten der Kirche entschieden seien, daß die katholischen Bischöfe nur Besitz zu nehmen brauchten von allen ihnen nach der Kirchenlehre zukommenden Rechten. Diese kirchliche Auslegung jener Verfassungsbestimmung zwang den Staat zuerst, den Sinn derselben dahin zu deklarieren, daß es sich um corporate Selbstverwaltungen handle, und als auch dieses noch zu zweideutig war, erhielten die Artikel ihre gegenwärtige Fassung.

Der vorliegende Antrag ist nicht auf Wiederherstellung des alten Wortlaus gerichtet, sondern beweist die Herbeiführung eines ganz neuen Zustandes, da von dem Oberaufsichtsrecht des Staates nicht mehr die Rede ist. Wenn der Gesetzgeber übrigens wissenschaftlich und willentlich jene früheren Streitigkeiten wiederherstellen, nachdem Jahrhundertlang in Theorie und Praxis der kirchlichen Verwaltung die exorbitanten Folgerungen daraus gezogen worden sind? Und nun soll gar das Aufsichtsrecht des Staates ganz fortfallen! Es würde dann die Kirche kein einziges staatliches Recht mehr zu respektieren haben. Der Antrag mußt dem Staat zu, daß er eine schlanke, gerade Anerkennung der kirchlichen Rechte im Wege des wörtlichen Widerrufs ausspräche. Vielleicht ist er auch nur eine strategische Position, eine Clappe zu einem Modus vivendi. Nach unserer Auffassung muß aber ein solcher Antrag von dem Wege der Verständigung und Vereinbarung gradewegs abführen (Zustimmung); denn der Friedensschluß kann nimmermehr auf dem Wege von allgemeinen Formeln und abstracten Sätzen gefunden werden. Eine Verlängerung der Glaubensartikel über der Verfassung ist unmöglich; der Staat muß bestehen auf den Grenzen, in welchen sich die Ausführung dieser Glaubenssätze im äußeren bürgerlichen Leben bewegt. Der Antrag erscheint uns als ein Zwischenact, der förend in die Friedensverhandlungen eingreift, sie hemmt und wenn er ernstlich gemeint ist, ihnen geradezu ein Ende machen muß. Aus diesen Gründen werden wir für den Übergang zur Tagesordnung stimmen. (Beifall rechts und links.)

Abg. Windthorst-Meppen (gegen die Tagesordnung):

Der Vorredner nimmt an, daß unser Antrag die vermeintlich mit Rom im Gange befindlichen Verhandlungen abbrechen; außer dem Hause ist sogar gesagt, durchkreuzen sollte. Aber das ist unrichtig, wir haben auf die Verhandlungen keinen Einfluß und wünschen ihn auch nicht, denn wir wissen unsere Sache in Rom in guten Händen und werden uns jeder Abmachung fügen, die der von der Regierung als friedliebend bezeichnete Papst Leo XIII. bisetzen wird. Also den Vorwurf weisen wir ab. Unser Antrag beruht auf zwei Erwägungen; wir wollen Klarheit haben über die Situation und über die vermeintliche Friedfertigkeit der Regierung. In dieser Beziehung wissen wir aber seit dem 11. Dec. und dem 10. Jan. (die beiden großen Reden des Hrn. Cultusminister sind gemeint) voran wie sind: Der zweite Gesichtspunkt, der uns zu der Stellung des Antrages veranlaßte, ist der: Wir vertreten hier das protestantische Volk so gut wie das katholische (Oho! läst), und beide Kirchen haben die Beendigung des Kulturmampfes gleich nötig, vielleicht die Protestantinnen noch mehr als wir. Diesem Wunsche wollte unser Antrag entgegenkommen, wir wollten den Zustand wiederherstellen, der 25 Jahre lang in Preußen die katholischen Freuden uns bewahrt hat. Will man diesen von uns gestellten Antrages ist für mich ein höchst bedeutsamer Wendepunkt; denn wer die Freiheit der Kirche nicht schützt vor dem Polizeistocke der Maigesetze, der wird bald auch andere Freiheiten unbedenklich preisgeben. (Unruhe.) Es ist auch unrichtig, wenn man sagt, daß von uns beantragten Artikel seien unverständlich und gehören zu Streitigkeiten Aut. Seit 25 Jahren waren sie bestehendes Recht und nie ist ein Fall vorgekommen, daß die Kirche die ihr verliehene Freiheit gemisbraucht

der Hölferuf der Bewohner im zweiten und dritten Stock, und die erste Arbeit der braven Feuerwehr, unter Leitung des Hauptmanns Witte selbst, richtete sich auf die Rettung der Menschen. Wiederum und wiederum warf der Qualm diesen und jenen Feuerwehrmann nieder, doch neue Kräfte ersetzten diese und in wenigen Minuten waren eine Anzahl Feuerwehrmänner im Gebäude. In demselben fanden sie eine große Anzahl der Bewohner — das Haus ist in seinem zweiten und dritten Stock fast ausschließlich von kleinen Leuten bewohnt — bereits ohnmächtig auf den von Rauch erfüllten Treppen zusammengebrochen, die sie sofort mit eigener Lebenskraft ins Freie brachten; seit Jahren zum ersten mal wurden außerdem die Rettungsfächer der Feuerwehr in Thätigkeit gesetzt und bis ins dritte Stockwerk geleitet. Drei Rettungsfächer vollbrachten Wunderwerke und retteten in kurzem Zeitraume 20—30 Menschen, ohne jeden Unfall hierbei, das Leben. Man dachte sich die Verwirrung der Bewohner, die Angst- und Hölferufe, wenn wir constatirten, daß diese Grundstücke 39 verschiedene Mietshäuser zählen, von denen die meisten kleine Handwerker sind."

Die vorstehenden Mittheilungen werden dann noch durch folgende Einzelheiten ergänzt: Die aus dem Fenster gerissenen Schneider Schmerelschen Chelente haben fünf Kinder. Der Vater brach sich beim Sprunge anscheinend beide Beine, die Mutter verlor sich das Kreuz und hatte eine Fehlgeburt infolge des Sprunges. Mit der Mutter sprang ein kleines Mädchen von 2½ Jahren in seinem Hemdkragen aus dem Fenster und beschädigte sich nur leicht, alle drei sind in das Krankenhaus geschafft. Ein Mädchen von 6 Jahren sprang ebenfalls der Mutter nach und kam ohne jeden Schaden davon, während ein Knabe von etwa 11 Jahren, nur mit dem Hemde bekleidet, die bereits breitende Treppe hinunterstürzte und, ohne Schaden genommen zu haben, gerettet wurde. Die erstickten Kinder sind ein Knabe von etwa 6 Jahren, der sich in seiner Todesszene unter das Sofa verbrechen hatte, und ein Mädchen von 1½ Jahren, das im Bett erstickt ist. Der Arbeiter Polony, der mit seiner Frau und seinem Kind, einem

Mädchen von 10 Jahren, ebenfalls aus dem Fenster sprang, verletzte sich den Arm, die Frau die Füße, und auch das Mädchen wurde beschädigt, sodass auch diese drei Personen in das Krankenhaus geschafft werden mussten. Das Feuer entstand in der Tischlerei des Tischlermeisters Schmitz, welche eine Treppe hoch nach dem Hofe zu delegen ist, und bleibt es immer noch selbst den Bewohnern ein Rätsel, wie dies Feuer, das den zweiten und dritten Stock verschonte, den Dachstuhl so ergriff, daß dieser ganz zerstört wurde.

In Bonn starb am 24. Jan. Dr. Heinrich Geißler. Die Bonner Zeitung widmet diesem vielfach verdienten Manne folgenden Nachruf: "Der Verstorbene war kein zärtiger Lehrer; als Sohn eines Webers in Thüringen war es ihm nicht vergönnt gewesen, seinen eisigen Wissensdrang durch eine gelehrte Erziehung zu befriedigen. Früh war er auf den Erwerb hingewiesen; aber die Glasbläsertkunst, welche er in seinem Heimat- und Geburtsorte Igelsbach (Sachsen-Meiningen) erlernte, führte ihn zu den physikalischen Studien und Experimenten, welche den einigen so begabten Geiste ein eigenartiges und ehrenvolles Tätigkeitsfeld bereiteten. Dean Geißler war im eigentlichen Sinne auf dem Gebiete der physikalischen Mechanik ein Erfinder, der durch seine Instrumente und Hilfsapparate die theoretischen Fachgelehrten immer wieder zu neuem Dank verpflichtete und ihnen Werkzeuge in die Hand gab, die zu schneidigen Waffen der Naturwissenschaft wurden. Zu Beginn des funfzigsten Jahres zog Geißler, nachdem er eine Reihe von Hochschulen besucht und acht Jahre in Holland thätig gewesen, nach Bonn, wo er sich bleibend niedersetzte. Unter dem berühmten Physiker Professor Plücker arbeitete er nur rasch fort und nach der Reihe kam er in anregendem Austausch mit den verschiedensten Koryphäen seiner Wissenschaft, von denen es selbst die ersten nicht verschmähten, von fern her Reisen nach Bonn zu machen, um den erstaunlichen und kennenswerten Mann zu consultieren und seine Dienste zur praktischen Herstellung von Projecten in Anspruch zu nehmen, die ihnen im Geiste vorschwebten. Was er auf diese Weise durch die

Herstellung von Präzisions- und andern Apparaten geleistet hat, war bedeutend. Nichts kam aus seinen Händen, was nicht den Stempel eines überraschend originalen Geistes an sich trug; wir nennen nur die in allen Welttheilen berühmten Erfindungen der Quecksilberluftpumpe, des Barometers und der Geißlerschen Röhren. Im Jahre 1868 ernannte ihn die Universität Bonn zum Doctor honoris causa, nicht zu gedenken der fast zahllosen Anerkennungsdiplome und der ununterbrochenen persönlichen Auszeichnungen, welche ihm zuteil wurden. So sehr ihn dies im Hinblick auf das Gelingen seines Strebens beeindruckte, so wenig waren es Dinge, nach denen er begehrte und die er über ihren Werth schätzte. Denn nichts brachte ihn ab von seinem raschlosen Schaffen, dem er so sehr bis ans Ende treu blieb, daß er mitten in der Vollendung neuer Apparate und der Verhüttung frischer Ideen aus dem Leben gerissen worden ist. In einem Alter von 65 Jahren hat ein wiederholter Schlaganfall den verdiestvollen Mann hinweggerafft."

Drei Auflagen binnen anderthalb Jahren, das ist gewiß ein günstiges Zeichen für ein Buch, zumal ein ernstes, lehrhaftes. Soeben erschien die dritte, „durchgeschnittene und vermehrte“ Auflage von Franz Mehring's Schrift: „Die Deutsche Sozialdemokratie, ihre Geschichte und ihre Lehre. Eine historisch-kritische Darstellung“ (Bremen, Schünemann's Verlag). Und die Schrift verdient die rasche und weit Verbreitung; sie ist allen zu empfehlen, die sich in verhältnismäßig kurzer und doch gründlicher Übersicht über die Entstehung, den Fortgang, die Wirkungen, die Hauptträger der Sozialdemokratie in Deutschland orientieren wollen. Besonders auch zu Vorträgen in antisozialistischen Vereinen bietet das Buch ein reiches und wertvolles Material dar.

Am 23. Jan. starb in Baden-Baden einer der begabtesten unter den jüngern Konföderierten, Adolf Jensen, geboren am 12. Jan. 1837 zu Königsberg i. Pr.

hätte zum Nachtheile des Staates; nie ist die Interpellation dieser Verfassungsbestimmungen freitig gewesen. Ich begleite es aufrichtig, daß man sich angesichts des allseitig empfundenen Friedensbedürfnisses pure ablehnend zu unserer Anfrage stellen will, man hätte mindestens sollen an der Hand unsers Antrages versuchen, eine Friedensvermittlung herbeizuführen und ihn in Erwägung ziehen.

In außerdeutschen Staaten ist das Verhältnis von Kirche und Staat durch Concordate friedlich geordnet und die Gesetze greifen nicht in das Dogmengebiet der Kirche ein, wie bei uns. Wir aber werden fort und fort von einer parlamentarischen Majorität hier majorisiert, wir sind schlechter daran, als die Katholiken auf dem ehemaligen Reichstage, wo bis zum Untergange des Reiches die Bestimmung galt, daß in Religionssachen die Majorität nicht über die Minorität mit entscheiden durfte. Jeder, der es gut meint mit Preußen und dem Reiche, muß mit uns bemüht sein, Garantien des kirchlichen Friedens zu schaffen. Das ist der Zweck unseres Antrages. Es ist sehr bedauerlich, daß auch die Fortschrittspartei über unsern Antrag zur Tagesordnung übergehen will. (Unterbrechung durch den Abg. Windthorst-Wielefeld.) Ja, Herr College aus Wielefeld (Heiterseite), ich glaube, daß gerade auch das altkatholische Element die Fortschrittspartei mit auf die Bahn getrieben hat, die sie bisher gewandelt hat und noch weiter zu wandeln scheint. Alle Beziehungen sind in der Auflösung, die Zeichen der Zeit sind es zu, die soziale Frage ist zurückgehalten, aber nicht aus der Welt geschafft, die Pest droht an der Grenze, und doch lassen wir die Gemeinden ohne Hirten, die Sterbenden ohne die Tröstungen der Religion, wir schränken die Thätigkeit der Krankenpflegeorden ein! Angesichts dieser Verhältnisse ist es höchst traurig, daß über unsern Antrag zur Tagesordnung übergegangen wird. Meine Herren! Auch über Sie wird bald zur Tagesordnung übergegangen.

Der Antrag auf einfache Tagesordnung wird mit allen gegen die Stimmen des Centrums und der Polen angenommen.

Abg. Virchow bemerkt persönlich, daß die Freiheit, welche die Fortschrittspartei vertheidige, allerdings nicht identisch sei mit der, welche die Kirche wolle. Die Freiheit, welche letztere wolle, stehe freilich nicht in seinem Katechismus.

Es knüpft sich hieran eine längere Debatte darüber, ob Vizepräsident Klop nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung befugt war, nachdem das Haus bezüglich des Antrags Windthorst den Übergang zur Tagesordnung beschlossen hatte, noch das Wort zu einer persönlichen Bemerkung zu ertheilen. Verschiedene Redner vertreten die Ansicht, es hätte dies nicht geschehen dürfen, da mit der Annahme der Tagesordnung der ganze Antrag Windthorst beseitigt, die Debatte darüber geschlossen sei. Indessen folgt das Haus der entgegengesetzten Ansicht des Abg. Grafen v. Bethaus-Huc, welcher darlegt, daß die Debatte über den Antrag auf Tagesordnung nur eine Episode in der Discussion über den Antrag Windthorst war; der Präsident hätte ja gar nicht wissen können, ob das Haus die Tagesordnung beschließen werde oder nicht.

Abg. Windthorst-Wielesfeld persönlich: Der Abgeordnete für Meppen hat Bezug genommen auf die Handlung in der Haltung der Fortschrittspartei seit dem Tode des verehrten Walde. Ich möchte die Herren vom Gaterum bitten, diesen großen Todten nun endlich ruhen zu lassen, wen sie von ihrem engherzigen Standpunkt aus doch niemals begreifen werden. (Färm im Zentrum.)

Wbg. Windhorst-Meppen erwidert hierauf, er, der Waldes belämpft habe, verstehe denselben doch besser als diejenigen, welche ihm mit blinder Unabhängigkeit ergeben waren.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es folgen mündliche Berichte der Petitionscommission und Agrarcommission über Petitionen.

Hierauf vertritt sich das Haus bis Freitag 10 Uhr.  
Tagesordnung: Erat der Berg-, Hütten- und Salinen-  
bauverwaltung; Kriegsministerium; zweite Lesung der  
Entwürfe betreffend die hessische Brandversicherungs-  
anstalt und die Wassergenossenschaften.

Deutsch. 319.

Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes erlässt  
in Bezug auf Kaiser Wilhelm's Goldene Hoch-  
zeit (11. Juni 1879) folgenden Aufruf:

Das neue Jahr, in welches wir vor kurzem eingetreten sind, bringt in sich einen Tag, an welchem die Herzen aller patriotischen Männer, soweit die deutsche Zunge klingt, höher schlagen werden, einen Tag, an welchem jeder Deutsche sich glücklich schäzen wird, ihn zu erleben, den Tag der Goldenen Hochzeit unsers Kaiserpaars! Ja! ein Freudentag wird es sein, jener 11. Juni, ein Freudentag für alle, mögen sie reich oder arm, hoch oder niedrig sein. Schon oft hat das deutsche Volk Gelegenheit gehabt, seinem geliebten Kaiser seine Theilnahme und Dankbarkeit zu bestunden; schon oft sind Adressen und Geschenke an Se. Maj. Zeugniß davon gewesen, wie sehr die Deutschen sich zu ihrem Landesvater hingezogen fühlen, wie sehr ein jeder teilnimmt an allem, was unser Kaiserhaus betrifft. So ist denn auch der Wunsch, an jenem 11. Juni 1879 etwas zu schaffen, um diesen Tag auch den spätesten Generationen immer wieder ins Gedächtniß zurückzurufen, gewiß durchaus berechtigt und schon allen nahe getreten. Wie aber kann dieser Zweck am besten erreicht werden? Ein jeder weiß, daß unsres Kaisers edles Herz nicht auf die Pracht und die Größe der Gabe sieht, daß ihm das Glück aller seiner Untertanen das Wichtigste ist, daß ihm die Einberufung der Recht ohne ihre Schutze ins Elend Gerathener die angebesserte Gabe ist. In der That haben sich sowol der Kaiser

als auch der Kronprinz im diesem Sinne ausgesprochen, als zur Feier des siebzigjährigen Dienstjubiläums Sr. Maj. eine Anzahl patriotischer Männer — der unterzeichnete Vorstand des Deutschen Kriegerbundes — eine Stiftung ins Leben gerufen hatte, aus deren Binsen alljährlich am Neujahrstage Witwen ehemaliger Soldaten, die dem Bunde angehört hatten, eine Unterstützung erhalten sollten, und die selbe allerhöchsten überreichten. Wer ist wol aber auch würdiger der allgemeinen Theilnahme als gerade die Witwen und Waisen derer, welche mit ihrem Leben eingetreten sind für die allgemeinen Güter sowol als auch für die Wohlfahrt eines jeden Einzelnen, denn es nicht vergnünt war, hinauszuziehen in den ruhmvollen Krieg? Und wenn auch schon vieles geschehen ist, die Roth ist noch immer groß, besonders da, wo Krankheit und Elend sich erst später zeigte, oder wo aus irgendeinem Grunde verabsäumt war, rechtzeitig eine gezwölfjährige Unterstützung nachzuzechten. Der unterzeichnete Vorstand des Deutschen Kriegerbundes, eines Verbandes von mehr als 800 Vereinen mit über 75000 ehemaligen Soldaten, erlaubt sich daher, alle, denen ein warmes deutsches Herz in der Brust schlägt, aufzufordern, ihr Scherstein beizutragen zu einer Erweiterung der oben erwähnten Stiftung. Dieselbe wird unserm Kaiserpaare bei Gelegenheit der Goldenen Hochzeit überreicht werden, und sollen deren Binsen jährlich an jenem Tage zur Erinnerung an dieses erhebende Fest vertheilt werden. Die Stiftung wird sicherlich die allerhöchste Zustimmung finden, und der Dank vieler Lautender wird den hochherzigen Geben ein reichlicher Lohn sein. Der Schatzmeister des Deutschen Kriegerbundes, ber königliche Commissionsrat Dr. Mr. Schleisinger, Berlin, S.W., Kochstraße 60, ist gern bereit, Geldsendungen mit der Ueberschrift „Unser Kaisers Goldene Hochzeit!“ in Empfang zu nehmen. Ueitung erfolgt in der Stiftungsurkunde.

— Die National-Zeitung hat über das Gesetz von

— Die National-Zeitung sagt über das Schreiben des Reichskanzlers über die reichsgesetzliche Regelung des Eisenbahntarifwesens (Nr. 24).

regierung des Ethenenunterhaltwesens (Art. 24) zunächst: „Wir meinen, es kommt gegenwärtig weit mehr darauf an, irgendeins der bereits in Angriff genommenen wirtschaftlichen Probleme seiner endlichen Lösung zu zuführen, als darauf, immer neue Probleme in Angriff zu nehmen. Wir sehen voraus, daß in nicht zu ferne Zeit ein Augenblick der Abspannung eintreten muß, welche es unmöglich macht, selbst lebhafte und dringende Reformen auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Lebens durchzuführen. Alles in der Welt hat seine Grenzen; auch die Kraft, welche eine Ration an die Lösung der ihr obliegenden gesetzgebenden Aufgaben setzen kann, findet ihre Schranken, und wenn man diese Kraft überspannt, läuft man Gefahr, daß vor nichts zu Stande kommt.“ Wenn auf

ahr, daß gar nichts zu Stande kommt.“ Dann auf das Materielle eingehend bemerkt sie: „Wie sich dies bei einer Kundgebung des Fürsten Bismarck von selbst versteht, enthält auch sein neuestes Schreiben über die Eisenbahntarife außerordentlich viel Bedeutung. Vieles darin ist unbestreitbar richtig und, wenn angestellt beläuft, in einer so glücklichen Form ausdrückt, daß es dadurch den Reiz der Neuheit erhält. Anderes, was wir nicht als richtig anzuerkennen verüden, entspricht doch der herrschenden Strömung, den Wünschen zahlreicher und mächtiger Interessenien, und wird die herrschende Strömung noch verstärken, gerade hier überall ein kräftiger, zugespülter, wie fürsten wol sagen agitatorischer Ton getroffen worden ist. Aber der Schlusshab des Schreibens gibt selbst zu weiseln darüber Raum, ob das ins Auge gesetzte Ziel erreicht werden kann, und wir halten diese Zweifel an außerordentlich gewichtige.“ Über die Frage, „ob das Tarifwesen durch ein Reichsgesetz geregelt werden soll“, würde sich die liberale Partei mit dem Reichsminister sehr schnell einigen können. Die Liberalen hätten

nzler sehr schnell einzigen können. Die Schwierigkeit besteht darin, die Frage zu beantworten: „Was soll diesem Gesetz fügen?“ Die im Jahre 1875 veranstaltete Enquête habe keinen andern Erfolg gehabt als den, die ganze Kluft offen zu legen, welche innerhalb des Kreises „einstelliger und wohlunterrichteter Ländler zwischen den verschiedenen Ansichten besteht“. Die Beseitigung der Differentialtarife oder wenigstens die Einschränkung derselben auf ein gewisses Maß sei ein Gesichtspunkt, der ins Auge zu fassen, und auf welchen der Reichstanzler (nach dem Vorgange der Handwirthe) sein Hauptanckenmerk gerichtet, aber auch das Interesse von Industrie und Handel (auf Wohlheit des Transports) auf den Bahnen selbst (Möglichkeit) habe hier mitzusprechen.

Das betreffende Schreiben des Reichskanzlers zugleich einer reichsgesetzlichen Regelung des Eisenbahnzollwesens ist, wie die «Germania» erfährt, an bairischen Minister v. Pfretzschner gerichtet.

Es wurde Mittheilung gemacht von der erfolgten Ein-  
zusung des Reichstages auf den 12. Febr. Auf einländ-  
chen Bericht des Ausschusses für Elsaß-Lothringen wurde  
Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die  
Wartung der Domänenanlagen genehmigt. Hierauf  
wurde Mittheilung gemacht von der erfolgten Entsendung  
stellvertretenden Directors des kaiserlichen Gesundheits-  
tes Geh. Regierungsrathes Dr. Finkelnburg nach Wien  
auf Verständigung über gleichmäßige Maßregeln gegen  
Einschleppung der im russischen Gouvernement Astrachan  
gebrochenen pestartigen Seuche. Der Entwurf einer  
Vorordnung betreffend Beschränkungen der Einfuhr aus  
Astrachan wurde genehmigt. Schließlich wurde die Vorlage  
betreffend die Besetzung der Stellen bei dem Reichsgericht  
im Ausschusse für Justizienamt überwiesen.

— In der Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrathes vom 29. Jan. ward die tags zuvor abgebrochene Debatte fortgesetzt. Rittergutsbesitzer Pogge-Roggew äußerte unter andern:

Die übrigen Einnahmen des Landwirtes seien zugute zu halten, allein die Feste der Landwirtschaft seien auch dort schlecht, wo die Besteuerung der Grundbesitzer nicht so hoch sei. Der Landwirt habe im allgemeinen zu thurer gewirthschaftet und zu thurer gelauft. (!!) Die Getreidezölle würden der Landwirtschaft zum Unheil gereichen (!), es würde damit der Industrie der triftigste Grund zur Forderung von Schutzzöllen gegeben und der Grundbesitzer und Pächter, insofern die Getreidepreise infolge der Zölle sich wirklich heben sollten, zu neuen, im Falle der Wiederaufhebung verunglückten Speculationen versöhrt. Und diese Wiederaufhebung werde nicht auf sich warten lassen, während die Industrie abschafft ihre Zölle beibehalten werde. An einem solchen gemeinschaftlichen Maale, bei welchem schließlich die Landwirthe statt des Brotverdienstes Brot und später anstatt des Brotes Steine erhalten würden, wolle er (Rehner) sich nicht beteiligen. (!!)

Er beantragt, zu erklären:

Der Deutsche Landwirtschaftsrath kann in der Einschätzung beziehungsweise Erhöhung der Schutzzölle sowohl für die Landwirtschaft wie für die Industrie kein geeignetes Mittel erkennen, deren gegenwärtige Nothlage zu beseitigen, weil die wirtschaftlichen Ursachen dadurch nicht gehoben werden; vielmehr ist daraus nur eine Schädigung aller Consumenten und eine Verschiebung der natürlichen Produktionsverhältnisse zu befürchten.

Professor Dr. Stengel-Heidelsberg äußerte:

Er erhebe Einspruch gegen jeden Zoll auf landwirthschaftliche Produkte, unter welcher Bezeichnung, ob Schutz- zoll, Finanzzoll oder Übergangsgebühr, er auch eingeführt werden wolle.

Auch Rittergutsbesitzer v. Borries erklärte sich gegen jede Auslage von Schutz- und Getreidezöllen. Gutsbesitzer Braunmüller-Göppingen sagte: die Wehrheit der württembergischen Landwirthschaft sei gegen Getreidezölle. Eine Abstimmung fand auch in dieser Sitzung noch nicht statt, vielmehr wurden sämtliche Anträge einer Commission zur nochmaligen Berichtigung übergeben. In der Tabakfrage nahm die Versammlung fast einstimmig einen Antrag des Hrn. v. Wedell-Walsow an, wonach der Landwirtschaftsrath entschieden gegen eine höhere Besteuerung des Rohprodukts, eher für eine Fabrikatensteuer oder auch für das Tabakmonopol (unter Entschädigung der Gutsbesitzer, soweit ihnen dabei der freie Tabaksbau verboten oder doch beschränkt würde) sich ausdrückt.

Breiten. In einem Artikel „Die parlamentarische Disciplin und das Abgeordnetenhaus“ kommt die Provinzial-Correspondenz auf die Verhandlungen der Abgeordneten über den Antrag des Centrums erläutert: „die Staatsregierung aufzufordern, die Bevollmächtigten Preußens zum Bundesrathe anzusegnen, daß sie dem Gesetzentwurfe über die Strafgewalt im Reichstage ihre Zustimmung nicht ertheilen“. Obwohl dieser Antrag durch den von den National-Liberalen im Verein mit der Fortschrittspartei eingebrachten anderweitigen beseitigt worden sei, habe doch die Centrumspartei die Genugthuung erhalten, daß „der Inhalt und die Tendenz“ ihres Antrages durch den Beschluß der liberalen Mehrheit volle Bestätigung gefunden habe. Es sei der Centrumspartei nicht bloß gelungen, das Abgeordnetenhaus, im Gegensatz zu den bisherigen rücksichtlichen Auffassungen, zur Berathung über eine Reihe angehörige Angelegenheit zu bewegen, sondern auch zu einer sachlichen Beschlusse, welcher der lästigen Beschlussnahme im Reichstage nach ausführlichen Erklärungen vorgreifen solle. Die Provinzial-Correspondenz äußert dann:

Was aber die Frage selbst betrifft, um die es sich handelte, so ist bemerkenswert, daß in der ganzen Verhandlung neben der nachdrücklichen Wahrung der Redefreiheit gegen freudigen Eingriff nicht mit einem Worte der Notwendigkeit bedacht wurde, die Ausübungungen der Redefreiheit durch Maßregeln auf dem Boden „der selbständigen Erziehung des Gesellschaftsganges im Parlament und der Disziplin seiner Mitglieder“ zu bekämpfen. Die größten liberalen Blätter haben wiederholt und bestimmt anerkannt, daß die Vorlage des Reichskanzlers einen „berechtigten Kern“ habe, und daß gegen die Absicht derselben nichts einzuwenden sei, „insofern nur daran festgehalten werde, daß der Reichstag selbst oder ein von ihm eingesetztes Organ zur Entscheidung berufen sei“, daß eine Notwendigkeit vorliege, die Zügel der parlamentarischen Ordnung nach dem Vorbilde anderer Staaten straffer anzuziehen“ etc. Die Vorlänge der letzten Wochen haben von neuem die lebhaftesten Fragen über die „mit System und Methode“ betriebene „Besserung“ der politischen und parlamentarischen Sitten vorgerufen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses selber ist rundheraus erklärt, daß er auf Grund der Geschäftsausführung (welche in dieser Beziehung mit der des Reichstages übereinstimmt) nicht das Recht und insoweit auch nicht die Absicht habe, dritte Personen gegen Beleidigungen im Hause in Schuß zu nehmen. Nach dem allen hätte es vorgelegen, daß in einer längeren Verhandlung über die in dem Reichskanzler angeregte Frage nicht lediglich der Vorschlag, daß es auf Beschränkung der parlamentarischen Freiheit abgesehen, sondern auch das Anerkenntnis des „berechtigten Kerns“ seiner Vorlage, die Notwendigkeit der Erziehung der parlamentarischen Mürde zur Geltung geangt. Es liegt dem Kanzler fern, den Reichstag in seiner inneren Selbständigkeit, in der Wahrung und Uebung seines ausreichend beeinträchtigen zu wollen, seine Vorlage ist schweig darauf gerichtet, dem Reichstage eben die volle und wirksame Uebung dieses Rechtes zu ermöglichen. Wenn dieselbe Zweck ohne Mitwirkung der Regierung erreicht werden kann und soll, so wird es unzweifelhaft sehr einfacher sein, aber noch einem darauf einzugehen.

Wollen der Beteiligten hat die jüngste Verhandlung neben der Abwehr der Vorlage des Kanzlers leider keine Aenderung, sein Ansehen hervorzuheben lassen. Gerade um deswegen hat diese Verhandlung nicht den Erfolg haben können, die kriegerische Bedeutung der Absichten und des Strebens des Kanzlers irgendwie zu vermindern oder abzuschwächen.

— Der Volks-Zeitung zufolge sind die vier preußischen Staatsminister, welche für das Tabaksmonopol stimmten, die Herren Graf Stolberg, Hoffmann, v. Bülow und Maybach. Gegen das Monopol stimmten: Hall, Graf Eulenburg, v. Rameke, Leonhardt, Dr. Friedenthal und Hobrecht.

— In den „conservativen Gruppen des Abgeordnetenhauses“ urtheilt man (aus folger der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung) über die vorgestern erwähnten

Beschlüsse der Budgetcommission etwa folgendermaßen: „Wenn bei Matricularbeiträgen von 21 Mill. und einem Deficit von 70 Mill. von selbst ein ent-

sprechender Erlass an Klassen- und classifizierter Ein-

kommensteuer eintreten soll, sobald die Matricularbei-

träge 41 Mill. nicht erreichen, so ist die Regierung in viel höherem Maße vom Abgeordnetenhaus abhängig,

als dies bisher der Fall war. Denn, um den Etat zu balanciren, wird die Regierung dann jedes Jahr

sich vom Abgeordnetenhaus die Ermächtigung gewähren lassen müssen, die volle Klassen- und classifizierte Ein-

kommensteuer zu erheben, welche sie nicht entbehren kann. Die liberalen Partien erreichen so ohne ent-

sprechende Gegenconcessions die lange erstrebte Quotis-

ierung und somit das jährliche Steuerbewilligungrecht.

Man sollte glauben, daß von einem entsprechenden Erlass an den genannten Steuern nur dann die Rede sein könnte, wenn nach Beseitigung der Matricularbeiträge das Reich Ueberschüsse an Preußen abschüttete. Wenn die Resolution ad 2 praktisch wird, ist der Wert des Art. 109 der Verfassung sehr abgemindert.“

— Hinsichtlich der geheimnisvollen Geschichte, welche die Befrei-Zeitung jüngst von der Entdeckung eines in militärischen Kreisen begangenen Landesverratens durch Auslieferung militärischer Geheimnisse an eine auswärtige Regierung erzählt hat, will das Berliner Tageblatt wissen, daß die mit dieser Affäre in Zusammenhang gebrachte Reise des sächsischen Kriegsministers v. Fabrice lediglich den Zweck hatte, den völ-

ligen Ungrund jener Gerichte, welche schon seit Wochen in militärischen Kreisen in Umlauf waren, an höchster Stelle darzulegen. Es habe sich um einen sächsischen Offizier gehandelt, der in schändlichster Weise nach der gedachten Richtung hin verleumdet worden war und selbst eine ehrengerichtliche Untersuchung beantragt hatte.

Die hierauf angestellten sorgfältigen Recherchen haben angeblich die vollständige Grundlosigkeit der Verdächtigung herausgestellt. Dr. v. Fabrice sei nach Berlin gekommen, um über dies Ergebnis der Untersuchung zu berichten und gleichzeitig die Untersuchung gegen den oder die Berleunder, denen man auf der Spur zu sein glaubt, in die Wege zu leiten.

— Die Befrei-Zeitung schreibt: „Man versichert uns, daß das Staatsministerium in letzter Zeit mit der An-gelegenheit des Welfenfonds sich nicht beschäftigt habe. Vollends unzutreffend ist die Mittheilung, daß dem Landtage, in Anbetracht des Verhaltens des Herzogs von Cumberland, eine Vorlage wegen Ueberführung der beschlagnahmten Gelder in das preußische Staatsvermögen gemacht werden soll.“

— Der Neuen Frankfurter Presse wird aus Halba vom 28. Jan. berichtet: „Der Papst beabsichtigt die gänzliche Auflösung der ober rheinischen Kirchenprovinz.“

Thüringische Staaten. J. Gotha, 28. Jan. Eine Ministerkrise in Gotha! Das ist die Neuigkeit des Tages. Bei der Frage wegen Domizilierung einer Handelskammer in Coburg hatte der Abg. Horkel angenommen, daß eine solche versprochen worden sei, was jedoch in diesem Sinne nicht der Sachlage entspricht. Der Staatsminister v. Seebach erkannte aber in Horkel's Behauptung den Vorwurf des Vorbruchs, legte provisorisch die Geschäfte nieder und erklärte, solche nicht wieder zu übernehmen, bis ihm der Landtag eine genugtuende Erklärung gebe. Nun ist gestern dem Landtage ein Erlass des Herzogs zugegangen, in welchem die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben wird, nach dem Beschuß des Landtags nochmals zu versuchen, ob eine Handelskammer für Coburg zu ermöglichlichen wäre, zuvor aber habe der Landtag durch Beschuß zu erklären, wie er sich „zu der gegen unsren Staatsminister erhobenen Beschuldigung stellt“. Der herzogliche, sehr kategorisch abgefaßte Erlass wurde in der gestrigen Landtagssitzung der verstärkten Rechtscommission zur Berichterstattung überwiesen. — In Arnstadt waren gestern thüringische Regierungscommissare zu einer Conferenz über Erweiterung der Gefangenanstalten, da die bestehenden nicht ausreichen, vereinigt.

Mecklenburg. Den Hamburger Nachrichten schreibt man aus Schwerin vom 26. Jan.: „In Schwerin waren vorgestern eine Anzahl von Vertretern bestehender Innungen versammelt, um über die Gründung eines Innungsverbandes zu berathen. Es

wurde eine Commission zur Ausarbeitung eines Verbandsstatuts eingefestigt. Der Entwurf soll demnächst den Kämtern und Innungen zugesandt werden. — Eine mit Anerkennungen frommen Mitteloids ausgestattete Notiz in einer zu Gütersloh erscheinenden Wochen-schrift über Fritz Reuter auf dem Sterbebette, welche zugleich eine Warnung gegen die Schriften Fritz Reuter's enthielt, hat den Verleger der letzten, Hofbuchhändler Hinstorff zu Bismarck, zur Veröffentlichung einer Erklärung über die religiösen Anschauungen des Dichters veranlaßt. Dr. Hinstorff erklärt, daß Fritz Reuter nicht in Gewissensqualen, sondern in frommer Ergebung seinem Ende entgegensehnt.“

#### Österreich-Ungarn.

Die «Presse» freut sich (wie uns auch), daß „die endlose und trostlose Debatte über den Berliner Vertrag vorüber ist“. Sie fragt sodann, welches sol der Eindruck dieser wenig denkwürdigen Debatte sei. Und sie antwortet: „Täusche sich niemand darüber! Es ist das Gefühl des politischen Rajonamens, von welchem alle Kreise erfaßt werden, die bisher in Österreich den Erscheinungen des öffentlichen Lebens mit einem wärmeren Interesse gefolgt sind, das Gefühl einer traurigen Enttäuschung über die Wirksamkeit der Volksvertretung, das Gefühl der Entmuthigung darüber, daß so viel Geist, so viel Talent, so viel redliches Bemühen in einem Kampfe mit Worten ohne Ende nutzlos verbraucht wird!“ Und weiter: „Fühlen sich etwa die Reichsräthe, welcher politischen Farbe sie angehören mögen, bedeckt gehoben durch den sozialen Erfolg oder durch den moralischen Eindruck ihrer langanhmigen Diskussion? Was haben sie damit anders erzielt als eine innerlich fortschreitende und, wie wir besorgen, diesmal unheilbare Verfestigung aller bisherigen Parteiverhältnisse, vor allem eine innere Auflösung jener Verfassungspartei, welche bisher das feste Fundament des politischen und parlamentarischen Lebens in Österreich bildete?“

— In Prag ist David Kuh, der Eigentümer des «Tagesblattes aus Böhmen», einer der energischsten publicistischen Kämpfer gegen die czechischen Hegemonieansprüche, am Herzschlag verstorben. David Kuh war einer der freisinnigsten und fähigsten österreichischen Journalisten. In seiner Jugend hatte er an dem ungarischen Aufstand teilgenommen und war deshalb zu einer sechsjährigen Kerkerstrafe verurtheilt, aber bald begnadigt worden. Mit ihm verlor die deutsche Partei in Böhmen einen ihrer stärksten Vorläufer.

— Der Färberegeselle Schellenberg aus Altenburg, welcher verhaftet wurde, weil er im Verdacht stand, in Gödöllö ein Attentat auf den Kaiser Franz Joseph geplant zu haben, ist jetzt aus der Haft entlassen worden, nachdem sich seine Unschuld herausgestellt hat.

#### Frankreich.

\* Paris, 28. Jan. Vom Briefe des Polizeipräfector sprechend sagt der Temps: „Dieses Verlangen nach einer Enquête kommt aller Wahrscheinlichkeit vom Proces der «Lanterne» und der bei demselben gemachten Enthüllungen her. Diese Enthüllungen, selbst wenn man den unvermeidlichen Übertreibungen Rechnung trägt, haben im Publikum eine große Aufregung hervorgerufen und man kann sagen, auch bei der Regierung, da das Amtsblatt heute Morgen die Execution des Generalsekretärs der Polizeipräfector, Hrn. de Billemont, anzeigen. Unbestreitbar würde eine solche Maßregel nicht am Tage nach einem solchen Proces ergriffen worden sein, wenn der Ministerrath und der Polizeipräfector selbst nicht gedacht hätten, man müsse den Ablaufungen des Proces ernstlich Rechnung tragen. Einige Personen könnten Hrn. Gigot vorwerfen, nicht schon früher mit dem vertraut gewesen zu sein, was im Innern der Polizeipräfector vorgeht. Dieser Vorwurf wäre aber nicht begründet. Die großen Verwaltungen, die Ministerien inbegriffen, sind Maschinen, dessen Räder der thätigste, der intelligenteste Chef nicht alle kennen lernen kann, oder er möchte sein Amt sehr lange ausübt haben. Es sind zuweilen die Verfahrtsgärtner vor 50 Jahren, die früher einen Grund hatten, die man reformieren muß, und man kennt den summum, aber fast unabdingbaren Widerstand der Bureaux.“

Der Siècle hatte neulich eine Liste von 26 Ge richtspräsidenten und ebenso vielen Generalprocuratoren veröffentlicht, welche er der Regierung als republikfeindlich oder mindestens höchst unzuverlässig bezeichneten zu können glaubte. Dieser Vorgang hat dem Bischof von Angers, Hrn. Freppel, Anlaß gegeben, im Univers mit einem offenen Beschwerdebrief an den Ministerpräsidenten Dufaure hervorzutreten, in welchem er seine Enttäuschung darüber ausdrückt, daß Männer, die zu den ehrenwertesten gehören, die es in Frankreich gibt, höchste Organe der Gerechtigkeit, von dem ersten besten Journalisten vor seinen Richterstuhl gezogen und als verdächtig behandelt werden könnten, und den Minister auffordert, dem Verlangen der Republikaner auf Aenderungen in der Magistratur Widerstand zu leisten.

#### Rußland.

Nach dem Pecker Lloyd hätte Fürst Gortschakov in an die russischen Botschafter in Wien und Berlin gerichteten Telegrammen erklärt, daß der Seuchenherd noch immer auf die ursprünglichen sechs Dörfer des Bezirks Enostajewsk beschränkt und daß auch dort seit dem 24. Jan. kein neuer Erkrankungsfall vorgekommen sei. Allerdings seien Krankheiten auch in andern Gouvernementen aufgetreten, welche man infolge der herrschenden Aufregung für epidemisch zu halten geneigt war; allein dieselben vertrieben kein einziges Merkmal contagiosen Uebels. Lebriengen sei die russische Regierung bereit, fremden Fachmännern allen Vorschub zu leisten, damit dieselben in einer möglichst vollkommenen Weise ihrer Aufgabe entsprechen könnten. Die wiener Deutsche Zeitung erfährt, daß die Nachrichten des Golos von dem Ausbruch der Pest in den Gouvernementen Pensa, Tambow und Tschernigow völlig aus der Luft gegriffen seien. Die Befürchtung, es könnte, da im Postverkehr mit Russland ein directer Kartenschluß aus Russland nur bezüglich der aus Petersburg, Moskau und Odessa kommenden Briefe besteht, durch Zusammentreffen der Postsendungen aus infizierten Gebieten mit jenen aus andern Gegenden die Einschleppung der Pest durch Brieftaschen erfolgen, hat die Postverwaltungen Österreich-Ungarns und Deutschlands veranlaßt, von Russland die allgemeine Einführung directer Kartenschlüsse aus dem astrachaner Gouvernement zu verlangen.

#### Türkei.

Nachdem der Schlesischen Zeitung bereits unter dem 20. Jan. aus Konstantinopel über den Ausbruch der Pest in dem anderthalb Stunden von Konstantinopel entfernten Pascha-Bagdsche berichtet worden war, schreibt derselbe Correspondent aus Konstantinopel vom 23. Jan. weiter:

Ich signalisierte Ihnen in meinem letzten Berichte den Ausbruch der asiatischen Pest nur anderthalb Stunden vor Konstantinopel. Es bedurfte einer Anzahl von circa 120 Erkrankungen, worunter 50 mit tödlichem Ausgang, ehe sich die türkische Regierung bewogen fühlte, überhaupt Notiz von dem drohenden Unheile zu nehmen. Jetzt ist nun eine Commission von Arzten hingehandelt worden, um zu kontrollieren, ob die Epidemie auch wirklich die asiatische Pest sei. Den hiesigen Journalen ist unterdessen verboten worden, das Wort „Pest“ auch nur in ihre Spalten aufzunehmen; der Preßbüroadirector Mahmid hat den bestimmten Wunsch geäußert, nur von einem „grave épidémie“ in den Localblättern zu lesen. Pascha-Bagdsche, wo die schreckliche Krankheit zum Ausbruch gekommen ist, liegt direkt bei Konstantinopel auf der asiatischen Seite des Bosporus, also noch ist eine schmale Wasserstraße dazwischen, jedoch liegt auf der Hanb, daß die Menschen schon jetzt auf Istanbul sich niedergelassen haben können. Dank den Bemühungen des fremden Botschafters hat aber jetzt die hiesige Regierung energische Maßregeln ergriffen, alle zu Gebote stehenden Präservativmittel sofort in Anwendung bringen zu können. Es schien beinahe einen Moment, als wolle man mit der bekannten Katastrophe alles an sich herantrommen lassen, ohne irgendetwas für die eventuelle Abwehr zu thun. Gestern hatte sich das Gericht verbreitet, daß sogar die freimarkt Stationäre das Goldene Horn verlassen würden, um der anziehenden Pest aus dem Wege zu gehen. Wahr daran ist, wie sich heute herausgestellt hat, nur, daß der österreichische Kosakampf Laurus telegraphisch bei der Admiralität in Triest angefragt hat, ob er bei Ausbruch der schrecklichen Epidemie hier in der Hauptstadt selbst in Sicherheit gehen dürfe.

— In seinen bekannten interessanten Briefen „Über Zustände und Begebenheiten in der Türkei“ gibt der Feldmarschall, damalige Hauptmann, Moltke unter anderem auch eine Schilderung der im Jahre 1837 in Konstantinopel von ihm beobachteten Pest. Er sagt darin:

Die Pest kann in Europa wohl eingeschleppt werden, nicht aber, wie eine hundertjährige Erfahrung seit Errichtung der Quarantänen dies beweist, sich dort erzeugen. Es ist ferner wohl außer Zweifel, daß das Unheil durch Verführung sich mittheilt. Aber die Krankheit ist nur bis zu einem gewissen sehr beschränkten Grade ansteckend. Im Pesthospital der Franken zu Vera lebt seit einer Reihe von Jahren ein katholischer Priester, welcher den Kranken nicht nur den geistlichen Beistand leistet, sondern sie anfaßt, umkleidet, pflegt und begräbt. Dieser brave Mann ist dick und seit, und ich gestehe, daß seine mutige, wahrhaft religiöse Ergebung mir heldenmäßiger scheint als so manche gesiezte Waffenhat. Gewiß bedarf es einigermaßen sorgfältiger Beobachtung auf der erwärmeten Haut und dabei noch einer Prädisposition des ganzen Körpers, um von dem Unheil erfaßt zu werden, und deshalb sind die Sachen gefährlicher als die Menschen. Die meisten Fälle entstehen aus gelauften Gegenständen, alten Kleidern und baumwollenen Wässen, welche die Juden umhertragen. Es gehört eine besondere Konzentration von ungünstlichen Umständen dazu, um durch bloßes Begegnen eines Kranken angestellt zu werden. Während der diesjährigen Pest, der bestialisch ist, die seit einem Bierteljahrhundert hier gewißheit, bin ich ganze Tage in den engsten Winkel der Stadt und der Vorstädte umhergegangen, bin in die Spitäler selbst eingetreten, gewöhnlich umgeben von Regenwirren, bin Todten und Sterbenden begegnet und lebe der Überzeugung, mich einer sehr geringen Gefahr ausgefegt zu haben. Das große Kraoum ist Reinlichkeit; sobald ich nach Hause kam, wechselte ich von Kopf bis zu Fuß Wäsche und Kleider, und letztere blieben die Nacht durch im offenen Fenster aufgehängt. Wie sehr überhaupt die einfachste Borschi schützt, dies beweist die geringe Zahl von Opfern, welche die Pest unter der fränkischen Bevölkerung dahinrafft, indem die Türken und die Rajah zu Tausenden sterben. Trotz der großen Verbrei-





# Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

## Bekanntmachung.

Nach dem Rechnungsabschluß der Bank für das Geschäftsjahr 1878 beträgt die in demselben erzielte Ersparnis:

## 80 Procent

der eingezahlten Prämien. — Die Banktheilhaber empfanden, nebst einem Exemplar des Abschlusses, ihren Dividenden-Anteil in Gemäßheit des zweiten Nachtrages zur Bankverfassung von 1877 der Regel nach beim nächsten Ablauf der Versicherung, beziehungswise des Versicherungsjahres, durch Ausrechnung auf die neue Prämie, in den in obigem Nachtrag bezeichneten Ausnahmefällen aber alsbald soar durch die unterzeichnete Agentur, bei welcher auch die ausführliche Nachweisung zum Rechnungsabschluß zur Einsicht für jeden Banktheilnehmer offen liegt.

Leipzig, den 31. Januar 1879.

[293]

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Soeben erschien:

## Brockhaus' Kleines Conversations-Lexikon.

Dritte vollständig umgearbeitete Auflage.

Mit zahlreichen Karten und Abbildungen.

In 40 Heften à 30 Pf.

Neunzehntes Heft. Gomperz — Hafkett.

Karte von Südamerika.

Dieses encyclopädische Hand- und Nachschlagebuch für den augenblicklichen Gebrauch wird auf 120 Bogen Lexikonocast ungesähe 80000 Artikel enthalten und ein gedrängtes Repertorium des gesammten menschlichen Wissens bilden; 50—60 Bildtafeln und Karten werden dem Text zur Veranschaulichung beigegeben.

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen an und halten das Erschienene eben illustriertem Prospekt vorrathig.

[294]

Die durch Unbeschreiblichkeit, Haltbarkeit, Glätte und billigen Preis bekannten

Frankfurter

## Spielfarten

sind zu beziehen durch den General-Agenten und Allein-Verleger für Nord-Deutschland

**Aug. Somborn, Baldwinst. 12, Köln,**

Platz p. Duhend M. 5. 75 u. höher,

Wohl " " 10. 60 "

[291—92]

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

## Bulgariische Volksdichtungen.

Gesammelt und ins Deutsche übertragen

von

Georg Rosen.

8. Geh. 4 M. Geh. 5 M.

Der sprachkundige Kenner der Balkanhalbinsel, Generalconsul Rosen, bietet hiermit ausgewählte bulgarische Lieder und Slegane in einer deutschen Uebertragung, welche die Gedanken wie die Diction und Versform der Originale mit möglichster Treue wiedergibt. Infolge der politischen Ereignisse der Zeit muss diesen Zeugnissen des bulgarischen Volksthefts ein besonderer Wert beigegnet werden.

[295]

Zur Verlage von Georg Wigand in

Leipzig ist soeben erschienen:

## Musikalischs Künstlerbrevier.

Aphorismen für Künstler und  
Kunstfreunde,  
gesammelt und herausgegeben von

Hugo Mund.

Preis 1,25 M., eleg. gebunden 2,75 M.

Dies Buchlein, in welchem nicht allein zu Künstlern und Kritikern, sondern auch recht eindringlich zu Dilettanten und Kunstfreunden gerichtet wird, kann allen Deinen, welche sich für die musikalische Kunst interessieren, zur Anschaffung angelegentlich empfohlen werden, um so mehr, da der niedrige Preis einem Jeden dies Buch zugänglich macht.

[120—22]

Leipziger Tageskalender  
vom 31. Januar.

## Eisenbahnfahrten.

**Bayrischer Bahnhof.** A. 2 mit Leipzig-S. S. Abf. M. 4. 50 (Siel., pol.). Abf. M. 6. 30 (Siel., pol., Karlsb., Öst., Marienbad, Regensburg, Minden, Bielef., Wien). Abf. M. 9. 5 (Siel., pol., Öst., pol., Regensburg, Karlsb., Marienbad, pol., Bielef., Wien). Abf. M. 3. 30 (Siel., pol., Öst., pol., Regensburg, Minden, Bielef., Wien). Abf. M. 10. 10 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 11. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 12. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 13. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 14. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 15. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 16. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 17. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 18. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 19. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 20. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 21. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 22. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 23. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 24. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 25. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 26. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 27. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 28. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 29. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 30. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 31. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 32. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 33. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 34. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 35. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 36. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 37. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 38. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 39. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 40. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 41. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 42. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 43. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 44. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 45. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 46. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 47. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 48. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 49. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 50. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 51. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 52. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 53. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 54. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 55. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 56. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 57. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 58. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 59. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 60. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 61. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 62. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 63. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 64. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 65. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 66. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 67. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 68. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 69. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 70. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 71. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 72. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 73. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 74. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 75. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 76. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 77. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 78. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 79. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 80. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 81. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 82. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 83. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 84. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 85. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 86. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 87. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 88. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 89. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 90. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 91. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 92. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 93. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 94. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 95. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 96. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 97. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 98. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 99. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 100. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 101. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 102. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 103. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 104. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 105. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 106. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 107. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 108. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 109. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 110. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 111. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 112. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 113. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 114. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 115. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 116. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 117. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 118. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 119. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 120. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 121. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 122. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 123. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 124. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 125. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 126. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 127. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 128. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 129. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 130. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 131. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 132. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 133. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 134. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 135. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 136. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 137. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 138. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 139. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 140. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 141. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 142. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 143. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 144. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 145. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 146. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 147. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 148. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 149. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 150. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 151. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 152. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 153. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 154. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 155. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 156. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 157. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 158. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 159. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 160. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 161. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 162. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 163. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 164. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 165. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 166. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 167. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 168. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 169. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 170. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 171. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 172. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 173. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 174. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 175. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 176. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien). Abf. M. 177. 30 (Courtiers, Bielef., Wien, Reg., Bielef., Wien).